

Anlage 1 zu TOP 10.8

Ratsversammlung am: 08.9.20 TOP: 10.8

Zum Antrag / zur Vorlage: Änderungsantrag zum
Änderungsantrag der SPD

Änderungsantrag

Ergänzungsantrag

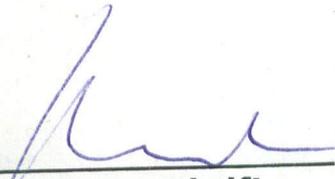
folgenden Inhalts:

„Die Verwaltung wird beauftragt im Zuge
der zu beschließenden Klimaanpassungsstrategie
zu prüfen [...] Bestands-Gebäude [...]"

Anmerkung / Begründung:

Antragsteller: Kuba

für Ratsfraktion: SPD


Unterschrift



SPD-Rathausfraktion-Großflecken75-24534 Neumünster

Frau Stadtpräsidentin
Anna-Katharina Schättiger
Großflecken 59

24534 Neumünster

Sozialdemokratische Rathausfraktion der
Stadt Neumünster

Großflecken 75
24534 Neumünster

Telefon 04321/929830
Telefax 04321/929831

E-Mail: rathausfraktion@spd-neumuenster.de

IBAN: DE10 2305 1030 0000 1470 60
Sparkasse Südholstein, BIC NOLADE21SHO

Neumünster, den 18.02.2020

**Änderungsantrag zum TOP 10.4 (Antrag BfB-Ratsfraktion betr. Begrünung von Fassaden
und Dächern städtischer Gebäude):**

Der Antragstext wird geändert in:

„Die Verwaltung wird beauftragt im Zuge der beschlossenen Klimaschutzmaßnahmen zu prüfen, welche Fassaden/Dächer der städtischen Liegenschaften begrünt werden können. Dabei sind alle möglichen Förderprogramme einzubeziehen.

Begründung:

Die Stadt Neumünster konzipiert gesamtheitliche das Klima schützende Maßnahmen. Eine Prüfung ist in den Gesamtkontext einzubinden und nicht separat zu betrachten.

Jeannie Kubon und Fraktion

Anlage 2 zu TOP 10.8



Ratsfraktion
CDU Kreisverband
Neumünster

Änderungsantrag zum TOP 10.8 RV 8.9.2020:

Die Verwaltung wird beauftragt, bei allen zukünftigen städtischen Neubauten die Begrünung von Gebäudeflächen mit einzuplanen bzw. die Installation von Solaranlagen auf den Dächern bzw. an den Giebelfronten - wo es möglich ist - vorzusehen. Genauso ist zu verfahren bei Gebäude- und Dachsanierungen.

Begründung:

Der Aufwand, sowohl in finanzieller als auch in personeller Sicht ist von erheblichem Umfang, wenn alle städtischen Liegenschaften nachträglich begrünt werden würden. Energieeinsparungsmöglichkeiten durch Installation von Solaranlagen ist zukünftig mit zu berücksichtigen.

Helga Bühse und Fraktion